

Diesen Leserbrief hat die Kleine Zeitung leider nicht gebracht!
Leserbrief zum Thema: "EU-Reformvertrag", 8. April 2008

EU-Reformvertrag - Informationspflicht vernachlässigt

Meiner Meinung nach war es ein Fehler, dass die Bundesregierung und jene 3 Parlamentsfraktionen, welche den Reformvertrag beschließen werden, es unterlassen haben, in einer intensiven Diskussionswelle den Bürgern zu den Fragen und Ängsten um den Reformvertrag der EU Rede und Antwort zu stehen. Angeboten hätten sich Informationsgespräche in den Gemeinden durch die Abgeordneten in ihren Wahlbezirken sowie offene Bürgerparlamente in allen Regionen mit Mitgliedern der Bundesregierung und Abgeordneten zum Europaparlament.

Die täglichen "Giftspritzer" der Kronen Zeitung sowie die hemmungslose Gräuelpropaganda von FPÖ/BZÖ voller Halbwahrheiten, Unwahrheiten und Behauptungen sollten in ihrer Problematik für unser demokratisches System nicht bagatellisiert werden.

Übrigens: Die z. T. personenidenten Abgeordneten von FPÖ/BZÖ haben 2005 die wesentlich weitergehende EU-Verfassung im Parlament ohne dem Schrei nach einer Volksabstimmung bereits beschlossen. Aber damals war man noch Regierungsfraktion....

Viel offener sollten aber auch **die Schwächen der EU in ihrem derzeitigen Zustand** angesprochen werden. Sie sind ja der Grund für das Unbehagen vieler Bürger. Ich erwähne nur zwei der Grundprobleme:

1. Angst, Unbehagen und **Wut vieler Menschen gehen eigentlich auf die Auswirkungen einer unsozialen, unökologischen und profitgetriebenen Form der Globalisierung zurück. Als Schuldigen sieht man aber nur die EU.**

Freilich hat es "die EU" (das sind immer die Kommission in Brüssel UND alle Regierungen der Mitgliedstaaten zusammen!) unterlassen, auf internationaler Ebene viel energischer gegen diese Fehlentwicklungen aufzutreten, weil **Europa selbst vom Bazillus des neoliberalen Marktfundamentalismus angesteckt** wurde. Seit 2004 haben wir uns z.B. bemüht, die EU-Kommission zu bewegen, sich des Projektes "Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft" anzunehmen - bisher vergeblich.

2. "Die EU" (Kommission und Regierungen) hat das Subsidiaritätsprinzip teilweise auf den Kopf gestellt. Subsidiarität heißt, so viel als möglich auf der untersten Ebene selbst zu gestalten, aber Hilfe durch die höheren Ebenen, wo die unteren überfordert sind.

Die Erfahrung vieler Bürger ist aber geradezu umgekehrt: Die EU mischt sich in immer mehr Details des täglichen Lebens mit über den Kamm gescherten Verordnungen ein. Das muss Kopfschütteln und Ärger auslösen.

Aufgabe der EU wäre es vor allem, das "Europäische Lebensmodell" mit seiner inneren Balance zwischen leistungsstarker Wirtschaft, gelebter sozialer Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit sowie kultureller Vielfalt und Eigenständigkeit auf internationaler Ebene vehement zu vertreten. Außerdem brauchen wir in einem europäischen Wirtschaftsraum ohne innere Grenzen faire Wettbewerbsbedingungen. Dazu kommen innere und äußere Sicherheit etc.

Wie man auf einer Almhütte Käse zubereitet, muss nicht EU-weit vorgeschrieben werden.

Informationsaufgabe nachholen!

Regierung und Abgeordnete könnten, nachdem der Reformvertrag hoffentlich EU-weit beschlossen ist, den Diskussions- und Informationsprozess nachholen.

"Die sich interessieren, können sich die Informationen schon beschaffen" wird die Außenministerin aus der gestrigen Telefonstunde der "Kleinen Zeitung" zitiert. Dieses passive Informationsverständnis ist ein Teil des Problems.

Josef Riegler, Vizekanzler a.D., Graz